

Einleitung

Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta aus den Jahren 1945–1947 verdienen gerade in unserer Gegenwart besondere Beachtung. Bei der Lektüre dieses persönlichen Zeugnisses werden die Schwierigkeiten und Nöte sichtbar, die allen Bürgern beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie, von der Unfreiheit zur Freiheit, zu schaffen machten. Spitta war – soweit wir wissen – der einzige Landespolitiker, der, unmittelbar nach der „deutschen Katastrophe“ von den Besatzungsmächten in die Verantwortung berufen, detailliert über die Mühen des Neubeginns im besiegten und verwüsteten Deutschland berichtete.

Die Frauen und Männer, die 1945 in den Trümmern der Städte und nach der weitgehenden Zerstörung der wirtschaftlichen und staatlichen Infrastruktur des Landes zunächst das Überleben und auf längere Frist die Zukunft der Bevölkerung sichern sollten, brauchten an erster Stelle Sachverstand und einen ausgeprägten Sinn für das Machbare. Sie konnten überhaupt nicht daran denken, die Welt nach ihren Theorien zu formen, sondern mußten umgekehrt ihre politischen Ziele den realen Gegebenheiten anpassen. Zudem hatten sie ihre Leitgedanken und Erkenntnisse auch noch mit den Besatzungsmächten abzustimmen, die ohne hinreichende Kenntnis der innerdeutschen Verhältnisse das Land regieren wollten.

Der besondere Rang der vorliegenden Tagebücher ergibt sich auch daraus, daß sie von einem hervorragenden Repräsentanten des alten deutschen Bildungsbürgertums geführt wurden, der seit seiner Konfirmation im Jahr 1889 seine Erlebnisse, Erfahrungen und Überlegungen schriftlich festgehalten und damit intensiver als andere Zeitgenossen über Kontinuität und Wandel im Leben des Volkes nachgedacht hatte. Spitta, der 1905 in die Bürgerschaft seiner Heimatstadt und bereits 1911 in deren Senat gewählt worden war, in den er 1945 nach einer Unterbrechung in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wieder zurückkehrte, war mithin ein überaus kenntnisreicher und aufmerksamer Beobachter der politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Er hatte an der Überleitung Bremens vom Ständestaat zur modernen Demokratie mitgewirkt, die es nun erneut zu etablieren galt. Als Angehöriger der Bremer Oberschicht fühlte er sich als über 72jähriger Mann noch einmal in die Verantwortung gerufen, legte aber nach Herkunft und Erziehung keinen besonderen Wert darauf, die eigenen Pläne und Leistungen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken, sondern ihn interessierten der Zustand der Stadt, das Leben der Bewohner, deren Vorstellungen, Hoffnungen und Ängste.

Eindringlicher als andere Zeugnisse führen uns diese Tagebücher vor Augen, wie schwer es der Bevölkerung nach langen Jahren gesellschaftli-

chen Zwanges und intensiver propagandistischer Beeinflussung fiel, wieder zu einem unabhängigen und unbefangenen Urteil zu kommen. Die meisten verallgemeinerten die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen und neigten deshalb dazu, die Inhumanität des NS-Regimes zu verharmlosen. Die Veränderungen in den Köpfen der Menschen – das zeigen auch die Erfahrungen der Gegenwart wieder besonders eindringlich – vollziehen sich sehr viel langsamer und fordern mehr Geduld und Ausdauer als die Neugestaltung der Verwaltung und der gesellschaftlichen Institutionen. Das ist in der sozialen Einbindung des Individuums begründet. Wer nicht verfolgt oder benachteiligt worden war und Menschen nahestand, die dem Regime gedient und zur Effizienz verholfen hatten, der mußte sich anstrengen, um mit wachsender Distanz zum Geschehen die negativen Erscheinungen und Verbrechen in ihrer Bedeutung zu erkennen.

Schließlich vermitteln die Tagebücher Spittas auch noch Einsichten, über die es in unserer schnellebigen und der Tradition abgeneigten Zeit nachzudenken lohnt. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie und dem Fiasko der völkischen Herrschafts- und Machtvorstellungen, die von großen Teilen der Bevölkerung partiell akzeptiert oder mitgetragen worden waren, drohten Lähmung und geistige Leere. Dieser Gefahr konnte nur durch eine Rückbesinnung auf das geschichtliche und kulturelle Erbe der Nation begegnet werden. Das Wissen um diese Überlieferung – mochte es in manchen Schichten noch so rudimentär sein – hielt die Menschen zusammen, gab ihnen Halt und vielen auch die Kraft für den Neubeginn. Zweifellos waren es zunächst oft auch recht fragwürdige Traditionsbestände, an die sich Bürger aus den unterschiedlichsten sozialen Gruppen und politischen Lagern des Volkes klammerten. Sie kamen auf diese Weise aber erst einmal über das Elend der ersten Nachkriegszeit und die tiefen politischen Enttäuschungen hinweg. Nicht zuletzt deshalb wurden die zwölf Jahre des Dritten Reichs so beflissen aus dem geschichtlichen Zusammenhang gelöst und die geistigen Wurzeln nicht gesehen. Indem man ganz unreflektiert an die Zeit vor Hitler anknüpfte, fiel es leichter, den Fragen nach der eigenen Verantwortung für das Geschehen zu entgehen und mit den Folgen des Krieges und der Verwüstung fertig zu werden.

Der Tagebuchschreiber hat diese Neigungen sehr sorgfältig registriert und bewertet. Er selbst wurzelte so tief im christlichen und humanen Erbe der Nation, daß er dem Nationalsozialismus nicht erlegen war und sich auch nicht geistig neu orientieren mußte. Er hatte sich aber auch so intensiv mit den geistigen und sozialen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt, daß er jeden Gedanken an eine Wiederherstellung alter Ordnungen und vergangener politischer Zustände verwarf. Er hatte während der NS-Zeit seine Position immer wieder überprüft, so daß er nach deren Ende nicht resignierte. Er verwarf den Pessimismus ebenso wie die weit verbreitete Ohne-Mich-Haltung vieler seiner Mitbürger. Weil er

um die Prozesse des Aufstiegs und Verfalls politischer und gesellschaftlicher Systeme wußte, vertraute er den Kraftreserven der Bevölkerung. Er kehrte in den Senat zurück, weil er die aufbauenden Kräfte freilegen und die humanen Traditionen wieder zum Leben erwecken wollte. Sein Ziel war die geistige Erneuerung der Nation. Er glaubte daran, daß aus den „Leiden und Opfern eine neue Welt“ entstehen könne.

Theodor Spitta wurde am 5. Januar 1873 als Sohn eines Überseehandelsmanns in Bremen geboren und wuchs in einer Zeit auf, die nach seinem eigenen Zeugnis atmosphärisch „von den großen militärischen und politischen Erfolgen der Bismarckschen Reichsgründung bestimmt war“.¹ Daß er aber nicht in den Sog der wachsenden nationalen Begeisterung geriet und vom Zeitgeist auch nicht maßgeblich geprägt wurde, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Einmal hat ihn die liberale reformiert-kirchliche Tradition der Familie vor jeder religiösen Überhöhung des Staates und später auch vor einem Zugang zur Theologie der Schöpfungsordnungen bewahrt. Noch mehr dämpfte das Herkommen aus der exklusiven Oberschicht der Hansestadt jeden übertriebenen Patriotismus. Diese Familien, erfolgreich und selbstbewußt, hatten sich stets für ihr Gemeinwesen und seine Bürger verantwortlich gefühlt und in Bürgerschaft und Senat die Politik des Landes mitgestaltet. Das traf für Bürgermeister Dr. Arnold Duckwitz, Spittas Großvater mütterlicherseits, im besonderen Maße zu. Er hatte als Reichshandelsminister von 1848/49 Perspektiven der nationalen Einigung entwickeln helfen und als Mitglied des bremischen Senats von 1841 bis 1875 Anteil an der Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches gehabt. So betrachteten die Führungsschichten der Weserstadt das neue Reich eher als einen Interessenverband auf Gegenseitigkeit denn als Schöpfung eines höheren Willens. Schließlich hat auch die Schule zur Immunisierung Spittas gegen nationalen Überschwang beigetragen. Der geistige Wandel vollzog sich auch im 19. Jahrhundert mit Verzögerung gegenüber den institutionellen und politischen Veränderungen. Im humanistischen Alten Gymnasium, das Spitta besuchte, dominierte noch immer die altliberale geistige Tradition. Der Schulleiter, ein Anhänger der Deutsch-Freisinnigen Partei Eugen Richters, verbannte das klein-deutsch-nationale Gedankengut aus seiner Anstalt. In ihr wurden junge Weltbürger und keine begeisterten jungen Deutschen erzogen. Im Mittelpunkt des Unterrichts standen das Erbe der Antike und seine Adaptation durch die führenden Geister Europas und namentlich durch die Repräsentanten der deutschen Klassik.

Spitta ist dann in die geistige Welt, in die er während der Schulzeit eingeführt wurde, in der Folgezeit immer weiter eingedrungen, hat sein Wissen und den Kreis seiner Interessen im Austausch mit Freunden und Gleichge-

¹ Theodor Spitta, *Aus meinem Leben. Bürger und Bürgermeister in Bremen*, München 1969, S. 33.

sinnten ständig erweitert. Aus eigenem Antrieb und verstärkt durch die Freundschaft mit Heinrich Kippenberg und dessen Bruder Anton, den Inhaber des Insel-Verlages, angeregt, erschloß er sich das Werk Goethes, aus dem er bis an sein Lebensende immer wieder Gewinn zog. Im Primaverein seines Gymnasiums, in dem er lange und aktiv mitarbeitete, wurden neben literarischen bald auch geschichtliche und philosophische Themen erörtert, nach der Jahrhundertwende dominierten politische und soziale Fragen. Dabei begannen die leidenschaftlich Diskutierenden gelegentlich auch schon zu ahnen, daß „die Zeit der Selbstsicherheit des Bürgertums“ vorbei war und das Vertrauen in die Politik der Reichsleitung – des Kaisers wie der Regierung – zu schwinden begann.

Trotz des Interesses, das Spitta und sein Freundeskreis der sozialen Frage entgegenbrachten, suchten sie das Heil nicht in der Gemeinschaft oder gar in der Solidarität mit den Benachteiligten und Unterprivilegierten. Sie blieben gestandene Liberale, die Wohlfahrt und Zukunft der Nation auf der freien Entfaltung des Individuums, der Entwicklung seiner geistigen Fähigkeiten und Interessen begründen wollten. Dies war das Credo, mit dem Spitta in die Politik eintrat. Bei seiner Wahl in den Senat im Dezember 1911 erklärte er: „Der wahre Zweck bleibt immer der Mensch selbst, die materielle und geistige Wohlfahrt jedes einzelnen Gliedes unseres Volkes. So erwächst uns die große und schwierige Aufgabe, das staatliche und kommunale Leben, ja, unser ganzes kulturelles Dasein so zu gestalten, daß dem einzelnen Menschen – und sei er in noch so abhängiger Stellung – doch seine Würde als Mensch und Persönlichkeit gewahrt bleibt“.² Diese positive und optimistische Auffassung vertraten in Deutschland viele junge Akademiker, die die soziale Botschaft Kaiser Wilhelms II. ernst genommen und freudig begrüßt hatten. An den Universitäten waren sie von den Kathedersozialisten beeinflusst worden, und diese Prägung wirkte lange nach. Spitta, der gerade in den in dieser Beziehung besonders fruchtbaren Jahren von 1892 bis 1895 in Freiburg, München und Berlin Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft studiert hatte, setzte sich besonders intensiv mit der Lehre Lujo Brentanos auseinander.

Der nachdrückliche Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein der Führungsschichten fand bei dem jungen Patrizier aus Bremen nicht zuletzt deshalb so große Resonanz, weil es zur Tradition der eigenen Familie und der maßgebenden Kreise der Oberschicht Bremens gehörte, für das Wohl der Stadt und ihrer Bewohner tätig zu sein. Weiterführende Erwägungen darüber, ob die tiefen sozialen Gegensätze im Volke nicht durch eine Beschränkung der individuellen Freiheitsrechte überwunden werden müßten, spielten für Spitta bis zu seiner Wahl in den Senat 1911 und bis in den Ersten Weltkrieg hinein noch keine Rolle. Die Kathedersozialisten und die ganze Generation der Politiker und Beamten, die sie prägten, ha-

² Ebenda, S. 59, bes. S. 60.

ben die Freiheit des einzelnen durch eine grundlegende Sozialreform in keiner Weise einschränken wollen. Sie hofften, den Arbeitern und Unterschichten im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums durch Verbesserung ihrer Bildungschancen und der Arbeitsbedingungen schrittweise ihre Menschenwürde geben und sichern zu können.

Die Einsicht in die soziale Problematik und in manche Schwächen des politischen Systems verhalf dem neuen Senator der Weserstadt zu einer bemerkenswerten und in seiner sozialen Schicht recht seltenen geistigen Flexibilität. So erkannte Spitta während des Ersten Weltkrieges sehr bald, wie nachhaltig sich unter dem Zwang der Verhältnisse die Strukturen der Gesellschaft veränderten. Die unteren Gesellschaftsschichten, die angesichts der ihnen aufgebürdeten Lasten und Opfer ein neues Selbstbewußtsein entwickelten, konnten nicht länger von der vollen politischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Die Abschaffung des Klassenwahlrechts in der Hansestadt war mithin geboten. Spitta sorgte dafür, daß die Entwicklung unter dem Druck der Ereignisse in Gang kam. Im April 1917 setzte der Senat eine Verfassungsdeputation ein, deren Mitglied er wurde. Die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft gibt Auskunft über die Intention des reformwilligen Senators. Für ihn gab es keinen Zweifel, daß alle Bürger bereitwillig und ohne Zwang den Staat schützten, weil sie sich bewußt waren, daß die Wohlfahrt aller von der Sicherung der Grenzen abhing. „Das Erlebnis dieser im Kriege offenbarten Gemeinschaft und das dadurch hervorgerufene gegenseitige Vertrauen werden, wie der Senat zuversichtlich hofft, auch in der kommenden Friedenszeit lebendig bleiben und unser öffentliches Leben erhöhen und befruchten.“³

Im vierten Kriegsjahr waren aber die politischen Spannungen mit einer Wahlrechtsreform nicht mehr aufzufangen. Die Bevölkerung war erschöpft, ja vielfach physisch und psychisch so überfordert, daß sie den Frieden herbeisehnte und mehrheitlich auch das Vertrauen in die bestehende Ordnung verlor. Spitta wurde durch das Kriegsende und die Revolution nicht völlig überrascht, aber es kostete ihn Mühe, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Gleichwohl stand er nicht abseits, sondern war zur Mitarbeit an der Neugestaltung des staatlichen Lebens bereit. Ehedem parteilos, aber mit dem national-sozialen Programm Friedrich Naumanns sympathisierend, schloß er sich in der Revolutionszeit der Deutschen Demokratischen Partei an. Er bejahte das Bündnis des Bürgertums mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, weil es ihm nur auf diese Weise möglich erschien, die Erfahrungen und insbesondere die geistigen Werte der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Bewahrung und Erhaltung hatten bei allen bürgerlichen Politikern der Republik Vorrang vor der Neugestaltung und Modernisierung.

³ Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom 24.4.1917, S. 256; vgl. auch Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 100f.

In dem engagierten Bemühen, rasch wieder stabile Verhältnisse zu schaffen und den Fortbestand einer funktionierenden und bewährten Verwaltung sicherzustellen, ließ sich Spitta in das neue verfassunggebende Landesparlament wählen. Im neugebildeten Übergangssenat aus Sozialdemokraten und Demokraten wurde ihm die Zuständigkeit für die Verfassungsfrage übertragen. Spitta bejahte die „Idee echter Demokratie“, konnte sich aber mit der demokratischen Praxis – wie die meisten seiner Zeitgenossen in Reich und Ländern – nur langsam anfreunden. Besonders mißfielen ihm zunächst die Abhängigkeit des Senats vom Parlament und die Mitsprache der Bürger in den Deputationen der Behörden. Das führte auch im Senat zu Spannungen zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Mitgliedern, die 1920 als Folge des Kapp-Putsches eskalierten. Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten minderten die Kompromißbereitschaft und führten dazu, daß die Sozialdemokraten nach der Annahme der neuen Bremischen Verfassung jede weitere Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ablehnten. In dem „bürgerlichen“ Senat, der daraufhin im Sommer 1920 gebildet wurde, erhielt Spitta das Amt des Zweiten Bürgermeisters. Er wurde als Mann der Vermittlung und des Ausgleichs für das Gespräch mit der Opposition gebraucht. Ihm lag an einer Annäherung der ehemals bestimmenden bürgerlichen Oberschicht und der vitalen, auf Fortentwicklung drängenden Kräfte der Arbeiterschaft. Nur wenn das gelang, war nach seiner Ansicht der Bestand der neuen demokratischen Ordnung zu sichern.

Wie viele der Besten im Lande setzte Spitta in den zwanziger Jahren seine ganze Hoffnung auf die Vernunft und Bildungsfähigkeit der Menschen und besonders der Jugend. In diesem Sinne hat er die Schul- und Bildungspolitik geprägt. Er förderte die Bestrebungen der Reformpädagogik, setzte die Einführung von Versuchsschulen durch, leitete den Aufbau des Berufs- und Fortbildungsschulwesens ein und sorgte besonders stark für die Mädchenbildung. Im Rahmen der politischen und finanziellen Möglichkeiten, die in einem Senat ohne Sozialdemokraten gegeben waren, hat Spitta viel zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Gesellschaft beigetragen.

Der Kulturpolitik galt das besondere Engagement dieses bremischen Kommunal- und Landespolitikers. Er wollte die Enttäuschung über den Verlust des Volkswohlstandes durch den Krieg und seine Folgen, den Schock über die Niederlage von 1918 und den damit verbundenen Zusammenbruch so vieler politischer und persönlicher Hoffnungen durch eine Wiederentdeckung der kulturellen Tradition des Landes und eine geistige Erneuerung des Volkes auffangen und überwinden. So wurde er zum Initiator der Bremischen Hochschulwochen, die er dank der Unterstützung durch die Universität Göttingen 1921 erstmalig durchführen konnte. Sein erklärtes Ziel war dabei, Interessierte aus allen sozialen Schichten der Stadt im gemeinsamen Streben zusammenzuführen.

Noch nachhaltiger versuchte Spitta, die geistigen Interessen der Bevölkerung durch ein anderes Projekt zu aktivieren. Im Februar 1924 beteiligte er sich maßgeblich an der Gründung der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, der Witttheit. Über die Intentionen, die ihn als aktiven Landespolitiker dabei leiteten, hat er in der ersten großen Veranstaltung der Witttheit im November 1925 Aufschluß gegeben. In der Vergangenheit, so sagte er in dieser Grundsatzrede, hätten Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften in Zeiten des Wandels Orientierungshilfen für Gegenwart und Zukunft geboten. Die Bevölkerung müsse erkennen, daß auch frühere Generationen mit Niederlagen und politischen Abstürzen fertig werden mußten, daß es in der Geschichte nicht nur Aufschwungs-, sondern auch Abstiegsphasen gebe. Gerade in diesen hätten sich die Menschen zu bewähren, die Zukunft hänge allein davon ab, wie man in Krisen auf Herausforderungen reagiere. Es komme in kritischen Zeiten, so meinte Spitta, ganz wesentlich darauf an, daß man sich an Personen ein Beispiel nehme, die vordem in schwierigen Zeiten Maßstäbe gesetzt hätten. „Diesem Brauche folgend“, so erklärte der Bürgermeister, „hat die Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft als ihr Wahrzeichen unseren großen Bürgermeister Smidt genommen, den Erhalter und Neuschöpfer des bremischen Staates [in und nach den Napoleonischen Kriegen] und durch seine geistige und sittliche Persönlichkeit auch Symbol für alles echte geistige Schaffen und alle wahre Hingabe an ein Überpersönliches.“⁴

Mit dieser Rede sollte ein Anstoß zur Sinnstiftung gegeben werden. Die durch Krieg, Niederlage, Revolution und Inflation enttäuschten Bürger sollten nicht resignieren und meinen, sie seien besonders leidgeprüft und existentiell gefährdet. Andere vor ihnen hätten nicht minder schwere Prüfungen zu bestehen gehabt. Nichts führe an der Erkenntnis vorbei, daß „jede Generation ihre eigenen Aufgaben“ lösen müsse, und gefordert sei, „ihre Welt aufs neue zu schaffen“.⁵ Smidt habe in den 57 Jahren seiner Tätigkeit im Senat, von 1800 bis 1857, Kriege und beispiellose Katastrophen erlebt, mit den fundamentalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in der Folge der Französischen Revolution fertig werden müssen. Dabei habe er zu keiner Zeit resigniert, sondern mit großer Willenskraft gehandelt und die Politik seiner Stadt und des Landes nach den zeitlichen Erfordernissen gestaltet. Smidt wußte als Theologe um die Befangenheit des handelnden Menschen, um seine Irrtümer und Vorlieben, aber das habe ihn nie schwankend gemacht. Durchaus traditionsbewußt, leitete er in vielen Bereichen Reformen ein, modernisierte die Verfassung und Verwaltung der Stadt und sicherte, weil er die politischen Realitäten erkannte, die staatliche Selbständigkeit Bremens. Seinem Weitblick, so Spitta, verdankte Bremen schließlich seine Zukunft. Der Erwerb und die

⁴ Theodor Spitta, Bürgermeister Smidt. Schriften der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft. Reihe D: Abhandlungen und Vorträge, Jahrgang 1, 1926, S. 27.

⁵ Ebenda, S. 34.

Gründung Bremerhavens sicherten der Stadt bis in die Gegenwart die Seegeltung. Nur weil Smidt immer wieder dem Wandel Rechnung trug, vermochte er auch Wertbeständiges zu erhalten. Spitta wollte mit dieser Rede, die Auskunft über sein politisches Streben gibt, das Bürgertum zur Mitarbeit im demokratischen Staat aufrufen. Es gelte, das Erreichte anzuerkennen und weiter auszubauen. Es ging ihm um die Überwindung der politischen Gegensätze, um eine Annäherung der Vertreter des alten Deutschlands an die Repräsentanten der neuen sozialen Ordnung. Der demokratische Rechtsstaat sollte auf dem gemeinsamen kulturellen Fundament gesichert werden. Spitta hoffte, die geistige Unruhe der zwanziger Jahre eindämmen, für demokratische Reformen nutzen und so die politische und wirtschaftliche Not meistern zu können.⁶

Mit dem Ziel der Überleitung in eine neue Zeit wirkte Spitta auch an der Gestaltung der Kirchenverfassung seines Stadtstaates mit. Der Rückhalt, den die Kirche dank des Patronats bisher beim Staat und seinen Organen gefunden hatte, war seit der Revolution verloren. Die christlichen Gemeinden mußten sich aus eigener Kraft im Wettstreit mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen behaupten und auf Herausforderungen reagieren. Spitta hat die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen helfen, darüber hinaus auch am innerkirchlichen Leben aktiv teilgenommen. Besonders engagiert verfolgte er die Entwicklung der Nachkriegstheologie, ein Interesse, das später noch wuchs, als sein Sohn Walter Theologie studierte.

Die Hoffnung auf eine Konsolidierung der demokratischen Ordnung und eine Verringerung der sozialen Gegensätze brach sich noch einmal Bahn, als 1928 die Bremer Sozialdemokraten nach über siebenjähriger Opposition wieder in den Senat zurückkehrten. Zu dieser Zeit gab es aber kaum noch Chancen für die Fortentwicklung des Sozialstaates. In der Phase beginnender wirtschaftlicher Stagnation und dann besonders während der Weltwirtschaftskrise, von der Bremen infolge des Zusammenbruchs des Nordwollekonzerns und der Schröderbank besonders hart betroffen wurde, verfiel die politische Kultur des Landes sehr rasch. Der Leidenschaft, mit der nun politische und weltanschauliche Programme propagiert oder bekämpft wurden, hatten Spitta und andere Repräsentanten des liberalen Bildungsbürgertums nichts mehr entgegenzusetzen. Mit Befremden stellt der Mitbegründer der Wittheit fest, daß auch ein hoher Bildungsstand vor politischem Irrtum nicht bewahrt. Selbst gute und hochgeschätzte Gesinnungsfreunde wandten sich unter dem Eindruck der schweren Staats- und Wirtschaftskrise dem Nationalsozialismus zu. Spitta, der der Ausbildung und fortschreitenden Entfaltung der Individualität stets einen hohen Rang eingeräumt hatte, ist allen Gemeinschaftsideologien gegenüber auf Distanz gegangen. Er verstand den Sozialismus, fand aber nie einen tiefe-

⁶ Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 335.

ren Zugang zu ihm.⁷ Diese Grundhaltung bewahrte ihn vor allen Zugeständnissen an den Nationalsozialismus. Der Gedanke, daß der einzelne nichts, das Volk – die Gemeinschaft – aber alles sei, war ihm wesensfremd. Die geistige Welt, in der er lebte, machte ihn immun gegen Massenleidenschaften und jeden Trend zum Kollektivismus.

Als Individualist und liberaler Demokrat alter Prägung hat Spitta die NSDAP weder vor 1933 noch danach aktiv bekämpft, er fand sich aber auch zu keiner Zeit zu Kompromissen mit dem NS-Regime oder seinen Repräsentanten bereit. Auch im Frühjahr 1933, als Hitler seine politischen Ziele zunächst hinter einer scheinbar gemäßigten Fassade verbarg, mit Repräsentanten der alten Führungsschichten Bündnisse einging und bewußt die Traditionen herausstellte, blieb er zurückhaltend. Am 6. März 1933, als in Bremen die Nationalsozialisten nach dem Wahlerfolg vom Vortag ihre Anhänger auf die Straße schickten, um den Senat unter Druck zu setzen, trat er mit allen anderen Senatskollegen zurück. Eine weitere Tätigkeit unter so veränderten Bedingungen zog er zu keiner Zeit in Erwägung.

Das rege geistige Interesse bewahrte den aktiven Zweiten Bürgermeister der Handelsmetropole nach über zwanzigjähriger Senatsarbeit vor einer nennenswerten Krise. Er pflegte die in Jahrzehnten aufgebauten gesellschaftlichen Kontakte, brach auch nicht die Verbindungen zu Menschen ab, die in das Lager der Hitler-Partei übergewechselt waren. Vor einem Rückzug in geistige Reservate bewahrten ihn aber besonders die Töchter und Söhne, an deren Entwicklung und wissenschaftlichen Interessen er lebhaft Anteil nahm. Auch im Kirchenkampf stand er nicht abseits. Dabei versuchte er – wie es seiner Natur entsprach – zwischen den sich bekämpfenden Lagern zu vermitteln.

Als Bürgermeister Donandt starb, schrieb er auf Bitten der Familie dessen Biographie, die er partiell zu einem Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Senats in den Jahren 1918 bis 1933 ausweitete.⁸ Unaufdringlich, aber sehr bewußt trat er der Auffassung des herrschenden Regimes entgegen, wonach die Zeit der Republik nur eine solche des Niedergangs und Verfalls gewesen sei. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der ehemalige Bürgermeister dienstverpflichtet, als ehemaliger demokratischer Politiker aber nur in untergeordneter Stellung beschäftigt, zunächst in einer Bezugsscheinstelle, später als juristische Hilfskraft im Rathaus.

In den zwölf Jahren erzwungener Untätigkeit hat Spitta immer wieder über die Ursachen des Verfalls der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und anderen Staaten und über die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in der Welt, besonders auch in den USA, nachgedacht. Für ihn kündigten sich darin das Ende des bürgerlichen Zeitalters und eine

⁷ Wilhelm Kaisen im Geleitwort zu Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 14.

⁸ Theodor Spitta, Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Ein bremisches Lebens- und Zeitbild, Bremen 1938 (Privatdruck). Die Buchausgabe erschien unter dem gleichen Titel, Bremen 1948.

„Weltwende“ an. Er hat sich diese quälenden Überlegungen nach der Zerstörung seines Hauses bei einem Luftangriff in der Nacht zum 5. September 1942 von der Seele geschrieben. Der im 70. Lebensjahr stehende Mann sah mit seinem Haus eine Welt in Trümmer sinken, der er materiell und ideell alles zu danken hatte. Nachdrücklich beklagte er den Traditionsverlust, der – für alle sichtbar – fortschritt. Spitta sah sich durch den Krieg mit all seinen Zerstörungen von dem Leben davor unwiderruflich getrennt. Anders als die meisten Deutschen aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum maß er die Verantwortung für diese Entwicklung aber nicht den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und dem Frieden von Versailles bei, auch nicht den ungebildeten Massen, die in ihrer blinden Leidenschaft den Radikalen und besonders Hitler gefolgt seien, sondern den „führenden Schichten in Wirtschaft und Staat“, die sich als unfähig erwiesen hätten, mit den sich immer „wiederholenden Wirtschaftskrisen“ fertig zu werden. Der Nachkomme angesehener Familien pries die Leistungen des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, attestierte ihm aber auch, daß es zu einer „Reform an Haupt und Gliedern“, und das hieß zur Lösung der sozialen Frage, nicht in der Lage gewesen sei. Es ist bemerkenswert, daß ein so überzeugter Vertreter der Idee der Kulturnation wie Spitta klarer als die meisten seiner Zeitgenossen den Erfolg der autoritären und faschistischen Systeme in Europa wie auch der kommunistischen Regime auf das wirtschaftspolitische Versagen und das mangelnde soziale Verantwortungsbewußtsein der liberalen Führungsschichten zurückführte. Dies erkennend, sah er trotz aller Nöte und Heimsuchungen des Krieges einen Ansatz für einen künftigen Wiederaufbau. Voraussetzung für einen solchen sei aber nicht mehr nur wie vordem „eine religiöse und sittliche Erneuerung“ des Volkes, sondern „eine schöpferische Gestaltungskraft auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, dazu die Bereitschaft, liebgewordenes Altes zugunsten eines wertvollen Neuen und werdenden zu opfern.“⁹

Spitta verlor im Zweiten Weltkrieg nicht nur sein Haus und mit den dort verwahrten Überlieferungen einen guten Teil seiner Familientradition, sondern durch den Tod von drei Söhnen und zwei Schwiegersöhnen auch einen Teil seiner Zukunftshoffnungen. Angesichts der engen Familienbindungen trafen ihn diese Verluste besonders schwer. Trotzdem kehrte er, 72jährig, wieder in die Verantwortung für seine durch den Krieg schwer verwüstete Heimatstadt als Senator und kurz darauf als Zweiter Bürgermeister zurück. Er hatte das Vertrauen in die Zukunft trotz der Niederlage des demokratischen Staates 1933 und der dann folgenden geistigen und materiellen Zerstörungen nicht verloren.

Als der bremische Patrizier 1911 in den Senat gewählt wurde, brauchte er Augenmaß, um den teilweise überbordenden Optimismus und Fort-

⁹ Theodor Spitta, Ende des Bürgertums. Tagebuchbetrachtungen 1942. Manuskript aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5.1.1973, vervielfältigt von Eva Bücking, S. 13.

schrittsglauben zu zügeln. Bei der Rückkehr 1945 brauchte er alle Kraft, um die Enttäuschten und Verzweifelten wieder aufzurichten. Er hat dies aus Überzeugung getan und seiner Stadt noch einmal zehn Jahre – bis 1955 – gedient. Wiederum fiel Spitta die Verantwortung für die verfassungsmäßige Neuordnung des Stadtstaates zu. Diese Arbeit hat ihn bis 1947 unter den Bedingungen der Militärregierung in Anspruch genommen. Auch bei der Wiederaufrichtung der zerstörten Ordnung seiner Heimatkirche brachte er seine großen Erfahrungen wieder ein. Als Vertreter Bremens hat er schließlich im „Expertenausschuß für Verfassungsfragen“ im August 1948 in Herrenchiemsee auch an der Gestaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik mitgewirkt. Dieses Expertengremium hatte im Auftrage der Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen das Gutachten zu erstellen, das dann dem Parlamentarischen Rat als Grundlage für seine Beratungen diente. Spitta, der Senior des Konvents von Herrenchiemsee, leitete den Unterausschuß, dem die Festlegung der Zuständigkeiten des Bundesstaats im Bereich der Rechtsprechung und Verwaltung oblag.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Senat, in dem er sich bis zuletzt besonders als Vermittler im Parteienstreit betätigte, setzte sich Spitta noch immer nicht zur Ruhe. Der 82jährige begann sofort mit der Arbeit für einen Kommentar zur Bremischen Verfassung,¹⁰ dann setzte er seinem langjährigen Freund und Senatskollegen Apelt mit der Herausgabe seiner Reden ein Denkmal.¹¹ Danach begann er, gestützt auf die ihm verbliebenen privaten Dokumente und die reichhaltigen staatlichen Archivalien, mit der Niederschrift seiner eigenen Erinnerungen. Er hat sie unvollendet hinterlassen, als er am 24. Januar 1969 im Alter von 96 Jahren starb. Er nahm bis zum Ende seines Lebens Anteil am Geschehen in seiner Stadt. Bürgermeister Koschnick bezeichnete es in seiner Gedenkrede als besonders bemerkenswert, daß der weit über 90jährige noch kurz vor seinem Tode mehr Verständnis für die seit 1968 aufbegehrende Jugend aufbrachte als viele um eine Generation jüngere aktive Politiker. Seiner Auffassung nach mußte sich jede politische Ordnung veränderten Gegebenheiten anpassen.¹² Spitta blieb sich treu, er wollte die nach seiner Überzeugung bedeutsamen Traditionen der bürgerlichen Welt durch Flexibilität und Fortentwicklung im Wandel der Zeiten bewahren.

Das hier veröffentlichte Tagebuch Spittas beginnt mit der Jahreswende 1944/45 und endet drei Jahre später, Ende Dezember 1947. Es vermittelt also Kenntnisse von einem ungewöhnlichen Zeitabschnitt sowie Einsichten in das Denken und Handeln der Menschen unter extremen Bedingungen.

¹⁰ Theodor Spitta, Kommentar zur Bremischen Verfassung von 1947, Bremen 1960.

¹¹ Hermann Apelt, Reden und Schriften, hrsg. von Theodor Spitta, Bremen 1962.

¹² Die Gedenkrede Koschnicks ist veröffentlicht im Anhang zu den Erinnerungen Spittas, Aus meinem Leben, S. 387ff.

Besonders dicht sind die Eintragungen im Jahr 1945, für das es sonst meistens nur spärliche Überlieferungen gibt. Der Tagebuchschreiber, der zu keiner Zeit an eine Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen dachte, gibt einen unmittelbaren und ungeschönten Einblick in die Mentalität der Bevölkerung seiner Vaterstadt am Ende und besonders nach dem Untergang des Dritten Reiches. Mit Spittas Wiedereintritt in den Senat und namentlich mit den wachsenden politischen und administrativen Belastungen in den Jahren 1946 und 1947 werden die Eintragungen kürzer. Gleichwohl vermitteln auch sie noch immer einen Eindruck von den Lebensbedingungen und Existenzsorgen der Bevölkerung und insbesondere von den Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Der erste Teil der Aufzeichnungen – von Dezember 1944 bis Ende April 1945 – erlaubt bemerkenswerte Einsichten in die Endphase der NS-Herrschaft in Bremen. Eindrucksvoll tritt der Widerspruch zwischen den noch funktionierenden Organisationsstrukturen der Partei und des Staates, besonders im Bereich der „Landesverteidigung“, und der totalen Überforderung und Kampfunwilligkeit der Bevölkerung in Erscheinung. Obwohl alle Voraussetzungen für eine Verteidigung Bremens fehlten, befahl der zuständige Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar gegen den Rat seiner verantwortlichen Untergebenen den Kampf. Er wurde von schwachen und demoralisierten Kräften geführt und endete mit einer fast völligen Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Die Menschen lebten in diesen letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges in einem Wechselbad der Gefühle. Auf der einen Seite sehnten alle das Ende des Krieges und eines Regimes herbei, das sie nun in den Untergang trieb. Auf der anderen Seite konnten sich viele ein Weiterleben nach dem Ende jeder deutschen Staatlichkeit und der bedingungslosen Kapitulation nicht vorstellen. Die meisten – auch Spitta – setzten in dieser Situation auf die rettende Kraft des deutschen Geistes. Sie klammerten sich an die Werte einer großen Tradition, weil dies die einzige Möglichkeit zu sein schien, die Niederlage und das folgende Vakuum zu überwinden.

Bemerkenswert ist, daß Spitta, der zum Staat Hitlers immer auf Distanz gegangen war, am 2. Mai 1945, als die Nachricht vom Tode des Diktators eintraf, dessen Erscheinung zu beurteilen versuchte. Er vermied – noch in weitgehender Unkenntnis der Verbrechen des Regimes – als echter Liberaler eine völlige Verurteilung, sondern wog die ihm bekannten Fakten. Beachtung verdient die Feststellung, daß Hitler die Wünsche, Hoffnungen und Ängste des Volkes zu artikulieren verstand und es mithin auch weithin repräsentierte. Spitta registrierte sehr treffend, daß dem Diktator nun die vielen, die ihm jubelnd gefolgt waren, die alleinige Verantwortung für alles Geschehene zuschrieben und sich selbst damit zu entlasten versuchten.

Nach dem Mai 1945 vermittelt das Tagebuch Einblicke in die Lebensbedingungen der Bevölkerung nach den Verwüstungen des Krieges, die nicht

zuletzt durch die sinnlose Verteidigung der Handels- und Hafenstadt entstanden waren. Die Menschen lebten wie im Urzustand. Nach der Zerstörung der Hälfte aller Wohnungen vegetierten sie in halb verfallenen Häusern, in Kellern und vielfach auf engstem Raum zusammengedrängt monatelang ohne Wasser, Strom und andere Energiequellen. Die Verkehrsverbindungen, selbst innerhalb der Stadt, waren zerstört, Post und andere Nachrichtenverbindungen unterbrochen, die Lieferungen von Nahrungsmitteln und den notwendigsten Gütern des täglichen Bedarfs sehr erschwert oder unmöglich geworden. Die Folge waren Unterernährung und Mangelkrankheiten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Es fehlte an Material und Werkzeug, um schwere Schäden an Häusern und Wohnungen zu beseitigen. Es blieb nicht aus, daß die von diesen Nöten Betroffenen den Wert der Befreiung vom Nationalsozialismus noch kaum zu erkennen vermochten.

Besonders eindringlich und detailliert beschreibt Spitta in seinem Tagebuch die Möglichkeiten und Grenzen deutscher Nachkriegspolitik. Schon die Suche nach Persönlichkeiten, die durch eine Mitarbeit im Hitler-Regime nicht belastet waren und daher die Möglichkeiten für einen Neubeginn boten, erwies sich als äußerst schwierig. Selbst bei der Ernennung des ersten Senats gab es Fehlentscheidungen und Verwicklungen. Zwangsläufig mußte daher auf Politiker zurückgegriffen werden, die 1933 in einem Alter gewesen waren, in dem sie keine Karriere mehr hatten machen können und wollen, und die deshalb Distanz zum Unrechtsregime gehalten hatten.

Auf die Schwierigkeiten, auf die diese nicht mehr jungen, dafür aber sehr erfahrenen Männer dann stießen, waren sie in keiner Weise vorbereitet. Der am 6. Juni 1945 gebildete Senat sollte eine Verwaltung aufbauen, hatte dafür aber kaum politisch unbelastete und qualifizierte Frauen und Männer zur Verfügung. Dabei waren die Anforderungen, die an die Administration gestellt wurden, extrem hoch. Da mußten Flüchtlinge und die Überlebenden des nationalsozialistischen Terrors untergebracht werden, und das, obwohl immer wieder Häuser und Wohnungen für Zwecke der Besatzungsmacht und später der Militärregierung beschlagnahmt wurden. Da sollte die Versorgung der Bevölkerung trotz der zerstörten Infrastruktur gewährleistet, der Schutz der noch vorhandenen Werte sichergestellt werden. Ein Beispiel mag hier für viele andere genannt werden. Bei Wiederbeginn des Unterrichts in den Bremer Schulen stellte sich heraus, daß von 97 Volksschulgebäuden nur noch 22, von den höheren Schulen nur noch zwei brauchbar waren. Es waren Improvisation und Erfindungsgabe gefragt, um der Bevölkerung nicht jede Hoffnung zu nehmen.

In die größte Bedrängnis geriet der Senat in den Jahren 1945 bis 1947 immer wieder durch die Entnazifizierung. Über die Notwendigkeit, prominente und exponierte Repräsentanten der Hitler-Partei aus den verantwortlichen Stellungen zu entfernen, bestand Einverständnis. Leidenschaft-

lich umstritten war aber die Frage, wie mit einfachen Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen zu verfahren sei. Die Deutschen wollten manche behalten, die Militärregierung bestand auf ihrer Entlassung. Da gerade unter den Beamten und Angestellten des Staates, den Funktions-trägern in Wirtschaft und Gesellschaft die meisten, aus welchen Gründen auch immer, der nationalsozialistischen Partei beigetreten waren, fühlte sich der Senat handlungsunfähig. Immer wieder wurden Beamte von heute auf morgen ohne Angabe von Gründen entlassen, Mitarbeiter verhaftet und damit ganze Verwaltungszweige oder Wirtschaftsbetriebe lahmgelegt. Spitta trug die Verantwortung für den Wiederbeginn der Rechtsprechung an den Gerichten der Stadt, konnte sich aber nur auf zwei Richter stützen, die politisch unbelastet waren. Senator Apelt hatte in seinem Wirtschaftsressort Anfang November 1945 keinen einzigen verantwortlichen Beamten mehr, auf den er sich stützen konnte. Von den 2400 Polizeibeamten taten Ende 1945 nur noch 800 Dienst.

Die Entnazifizierung lähmte aber nicht nur die Arbeit des Senats, sondern führte auch zu mancherlei Fehlsteuerungen, die durch nicht eingearbeitete Beamte oder Angestellte verursacht wurden. Politische Sorgen bereitete dem Senat insbesondere, daß die Amerikaner mit ihrer Entnazifizierungspraxis eine Solidarisierung der kleinen mit den großen, prominenten NSDAP-Mitgliedern bewirkten und so die anfänglich vorhandene Bereitschaft zur Einkehr und Umkehr wieder zerstörten. Schon im August 1945 notierte Spitta besorgt, daß viele Bürger Bremens die Entnazifizierungspraxis der Besatzungsmächte mit den Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten verglichen. Zutreffend konstatierte Bürgermeister Kaisen, daß zur „Ausbreitung demokratischen Gedankengutes“ im verwüsteten Deutschland „etwas anderes notwendig“ sei als die Entnazifizierung. Bei der Beurteilung dieses Fragenkomplexes ging es den verantwortlichen deutschen Politikern – das zeigen die Tagebücher Spittas sehr eindrucksvoll – zentral um Vertrauenswerbung für ihre Politik. Die Parteien brauchten Wähler und ein Mandat, damit sie eine demokratische Ordnung aufrichten und stabilisieren konnten. Die meisten deutschen Politiker, namentlich diejenigen aus dem bürgerlichen Lager, haben Können und Leistung der Experten in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur aber auch viel zu hoch, das politische und charakterliche Verhalten dagegen zu gering bewertet, so daß sie die Notwendigkeit einschneidender personeller Veränderungen in Staat und Gesellschaft nicht erkannten. Das hat die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen in den Ländern und in der Bundesrepublik längere Zeit gemindert und zu erheblichen politischen Krisen geführt.

Die deutschen Politiker hatten zudem erhebliche Schwierigkeiten, die Intentionen der Amerikaner und Briten zu verstehen. Diese waren im Verlauf des Krieges und auch schon vorher über Gewalttaten und Rechtsbrüche des NS-Regimes unterrichtet worden. Sofern sie dies für Propaganda gehalten hatten, waren sie nach der Besetzung Deutschland mit der

schrecklichen Realität konfrontiert worden. Sie hatten mithin ein ganz anderes, in vielen Bereichen vollständigeres Bild vom Staat Hitlers als alle – selbst die kritischsten – Deutschen. Ihnen standen die Greuel der Konzentrationslager und die Ermordung der europäischen Juden viel bewußter vor Augen als den deutschen Nachkriegspolitikern, die sich erst langsam mit der Dimension des Verbrechens vertraut machen mußten. So sahen die Repräsentanten der Militärregierung in der Ausschaltung aller Aktivisten des Dritten Reichs und ihrer Erfüllungsgehilfen, ganz gleich, in welcher Funktion sie gewesen waren, die erste und unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau einer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung in Deutschland. Erst mit fortschreitender Zeit, als auch den Deutschen das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Gewalttaten und namentlich der Verstrickung großer Bevölkerungsgruppen in sie bewußt wurde, haben viele die Zurückhaltung der deutschen Stellen im Entnazifizierungsprozeß kritisiert.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dafür ist das vorliegende Tagebuch ein hervorragendes Dokument, daß die deutschen Politiker der ersten Nachkriegsphase ihren Handlungsspielraum voll ausgenutzt und getan haben, was im Interesse der Menschen möglich war. Bemerkenswert ist ferner, wie intensiv sich gerade die ältere Generation der Nachkriegspolitikern mit der Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Bei Spitta gab es keinerlei Tendenz zur „Verdrängung“. Er beschäftigte sich sehr gründlich mit den Reden und Schriften Karl Barths und anderer Theologen, studierte die Denkschrift von General Thomas über den 20. Juli 1944 und verfolgte den Verlauf des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses. Daher wurde ihm mehr als anderen Zeitgenossen bewußt, wie weit neben den Repräsentanten des Dritten Reichs auch die alten Führungsschichten und namentlich die Generalität in das Geschehen verstrickt gewesen und schuldig geworden waren.

Sehr viel schwerer fiel die kritische Überprüfung der älteren geistigen und politischen Tradition, die die Nationalsozialisten so erfolgreich in ihren Dienst gestellt und für ihre Zwecke ausgebeutet hatten. Spitta wurzelte noch so fest in der nationalstaatlichen Überlieferung, daß er nur mit Mühe Zugang zu Vertretern der politischen Emigration fand. Bezeichnend ist ferner die Distanz gegenüber den Juden, die auf einen jahrhundertealten christlichen Antijudaismus zurückzuführen ist und selbst bei Spitta – trotz einer jüdischen Urgroßmutter – immer wieder deutlich wird. Älter, von der NS-Propaganda besonders erfolgreich aktualisiert, war auch die Furcht vor revolutionären Veränderungen und besonders vor dem Kommunismus. Die Sorge, die Besatzungsmächte könnten mit ihrer Politik den Kommunisten Vorteile verschaffen und ein weiteres Vordringen der Sowjetunion erleichtern, beherrschte das Denken und Handeln der meisten Nachkriegspolitikern.

Gleichwohl hat dieser Antibolschewismus nicht zur Bejahung britischer und amerikanischer Ordnungsvorstellungen geführt. Auch die Bereit-

schaft zur bewußten Restauration älterer Gesellschaftsstrukturen war zunächst keineswegs vorhanden. Spitta wollte, wie er immer wieder bezeugt, keine Wiederherstellung des Alten, keine Anknüpfung an die Entwicklung in der Weimarer Zeit. Ihm mißfiel insbesondere der Gedanke an den Wiederaufbau der alten Parteien, und daher machte er sich auch zum Fürsprecher der Jugend, die von ihnen zunächst nichts wissen wollte. Bei der jungen Generation spielte dabei zweifellos die Tatsache eine Rolle, daß die nationalsozialistische Propaganda den Parteienstaat in Mißkredit gebracht hatte. Noch bemerkenswerter ist Spittas Reserve gegenüber den Repräsentanten des Neo-Liberalismus, die schon 1946 für ihre Ideen warben. Spitta suchte – wie viele andere in den ersten Nachkriegsjahren – einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Planwirtschaft und konsequenter Dirigismus stießen ebenso auf Ablehnung wie der von allen Kontrollen befreite Kapitalismus. Hier wirkte der Schrecken der Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1933 nach, die die demokratischen Staaten der ganzen Welt erschüttert und dem nationalsozialistischen Regime gegenüber so wehrlos gemacht hatte. Dem Kapitalismus traute Spitta nicht zu, daß er ökonomische Krisen meistern könne.

Trotz aller Nöte und Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre blieb aber, wie die Wahlen zeigten, die von manchen befürchtete Radikalisierung der Bevölkerung aus. Nach zwölf Jahren tiefgreifender Wandlungen, die während des Krieges nach dem Empfinden der Menschen revolutionären Charakter angenommen hatten, wünschten die meisten keine weiteren Veränderungen, sondern Stabilität und etwas Sicherheit. So überwog trotz aller Nöte doch die Hoffnung. Spitta hält in seinen Tagebüchern fest, wie die neu gewonnene geistige Freiheit viele Menschen über die Mühsal des Alltags erhob, mit welcher Aufgeschlossenheit sie wieder am kirchlichen und religiösen Leben teilnahmen, welche Kraft ihnen Musik und Kunst, Literatur und die Erkenntnisse der unabhängigen Wissenschaft gaben. Und das ermöglichte vielen Vertrauen in die Zukunft.

Werner Jochmann

